



Nr. 2/2012

Antifaschistische Bochumer Blätter

Information der VVN - Bund der AntifaschistInnen

Die Verfolgung und Vernichtung der Juden in Bochum:

Es begann 1933

Antisemitische und jüdenfeindliche Argumentationen waren zentraler und immer wiederkehrender Teil sowohl der Programmatik der NSDAP als auch der Agitation von Hitler, Goebbels und den anderen Nazi-Führern. Damit wurde auf vorhandene Vorurteile und rassistische Klischees unter vielen Deutschen, aber auch auf antijüdische Traditionen der Lehren der christlichen Kirchen aufgebaut.

Die antijüdische Agitation diente vor allem dazu, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und ein Feindbild für politisch und wirtschaftlich schwierige Zeiten und Krisen zu schaffen.

Nachdem Hitler am 30. Januar 1933 die Reichskanzlerschaft und Regierungsverantwortung übertragen worden und die Errichtung der Nazidiktatur in die Wege geleitet war, wurde der Naziterror und die Verfolgung von politischen Gegnern und jüdischen Menschen institutionalisiert. Aus der SA wurde die Hilfspolizei, aus Behörden Vollzugsanstalten der Nazis. Polizei, Justiz und Reichswehr unterwarfen sich, und große Teile der Bevölkerung sahen in Hitler den „Retter Deutschlands“.

Auch die Verfolgung der jüdischen Bürger begann 1933. Bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. März wurde nicht nur Bochums Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer, Sohn jüdischer Eltern, aus dem Amt gejagt, eine große Anzahl von Antifaschisten verhaftet und das Haus des Bergarbeiterverbandes besetzt, sondern auch die jüdischen Geschäfte Alsberg, Ehape und Woolworth geschlossen und ein Alsberg-Direktor festgenommen.

Am 1. April 1933 riefen die Nazis zum ersten großen Boykott von Geschäften und Betrieben jüdischer Inhaber auf. An den Schaufenstern wurden Zettel angeklebt, vor den Geschäften patrouillierten grölende SA-Männer. Jüdische Bürger Bochums wur-



Ein Dokument des frühen Naziterrors in Bochum: Der Grabstein von Albert Ortheiler.

den auch von Nazis misshandelt, in Gerthe gab es das erste Todesopfer. Hier nahm der berüchtigte SA-Sturm am 5. Juli den jüdischen Kaufmann Albert Ortheiler fest und misshandelte ihn im Keller der als SA-Sturmlokal dienenden Hegelschule dermaßen, dass er wenige Stunden später verstarb. Ortheiler war damit das erste Todesopfer des Rassenwahns in Bochum. Bereits im März und April waren 5 Kommunisten Opfer des Naziterrors in der Hegelschule geworden. Das Haus der „Wwe. Kaufmann Albert Ortheiler Rahel, geborene Würzburger“, mit Geschäftsräumen und Hof in der Lothringer Straße 7, wurde einige Jahre später als „jüdischer Grundbesitz“ zwangsversteigert.

Fortsetzung auf S. 4

Gewalt und Randalere:

Neonazis in der Hooliganszene

Es kündigte sich seit Wochen an. In den Fußball-Stadien machen sich Skins, Hooligans und Neonazis breit. Betroffen sind vor allem Dortmund und Schalke. Beim jüngsten Revierderby eskalierte die Situation, es gab schwere Ausschreitung mit Verletzten.

Fortsetzung Seite 8

VVN - Bund der Antifaschisten: Aktionen und Veranstaltungen

In den vergangenen Wochen war die Bochumer VVN-BdA mit zahlreichen Veranstaltungen aktiv. Den Gedenktag für die Opfer des Faschismus nahm sie zum Anlass, um auf dem Friedhof am Freigrafendamm mit einer Kranzniederlegung der von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfer zu erinnern. Michael Hermund vom DGB sprach zu historischen und aktuellen Aspekten des Kampfes gegen Rechts. Ende September berichtete Günter Gleising in der Stadtbücherei Langendreer über die Ergebnisse seiner Nachforschungen zum Thema „Langendreer und Werne unterm Hakenkreuz“. Über die „Verbrechen der Industrie des Ruhrgebiets im Faschismus“ sprach Ulrich Sander drei Wochen später im verdi-Gewerkschaftshaus. Beide Veranstaltungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Bochumer Forum für Antirassismus und Kultur veranstaltet.

80 Jahre „Machtübertragung“ an die Nazis – ein Lehrstück

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Georg Fülberth.

Donnerstag 31. Januar 2013,
19.30 Uhr, verdi-Gewerkschaftshaus,
Universitätsstr. 76.

Grundlagen ändern, um Faschismus zu verhindern

Es gibt Schwächezeichen des Systems: Menschenrechte, Sicherheit, Legitimation werden zunehmend infrage gestellt. Die akute Wirtschafts- und Finanzkrise und die damit verbundenen Abstiegsängste führen zu einer Mentalität der Verachtung. Zockerbanden, die sich ohne Rücksicht auf die Folgen unvermindert bereichern, befördern den Sozialdarwinismus. Es ist ein erhebliches Potential an Aggressivität entstanden. Autoritäre Bewegungen gewinnen an Einfluss. Damit sind auch heute alle Ingredienzien des Neofaschismus vorhanden.

Fallen die Versuche, die soziale Wirklichkeit mit Hilfe neofaschistischer Ideologie zu „erklären“, noch so dürftig aus, so befriedigen sie, mangels präsender Alternativen, das Bedürfnis der Menschen, ihre soziale Situation zu „verstehen“.

Neofaschistische Weltbilder erzielen Erfolge, weil sie vorhandene Einstellungen in der Bevölkerung nicht angreifen, sondern produktiv daran anschließen und zu ihrem Recht kommen lassen.

dass sie im Sinne ihres Volkes handeln. Die neonazistischen Kader wollen Gewalt. Es handelt sich um „politische Soldaten“, auf die mit Repression angemessen reagiert werden muss.

Gerade hier sind jedoch erhebliche Zweifel angebracht, wie die Verstrickung des Verfassungsschutzes in die Mordserie der NSU zeigt. Teile des Sicherheitsapparates sind erodiert, und es wird eine Nichtachtung der Kernelemente des Rechtsstaates deutlich.

mierungsprozess kann nur eine soziale Bewegung sein, die nicht nur aufklärend auf die Menschen einwirkt, sondern ihnen auch neue Lebensperspektiven und eine realistische Zuversicht vermittelt.

Die Verstrickung der Deutschen Behörden in die Morde der NSU muss um jeden Preis aufgeklärt werden. Das Verbot der NPD und aller weiteren Nazi-Organisationen muss konsequent durchgesetzt werden. Notwendig dazu ist der Umbau des Sicherheitsapparates. Es muss auch hier ein demokratisches Verfahren, das überprüfbar und bewährt ist, entwickelt werden.

Die Zerstörung der Erinnerung wird intensiv betrieben. Entweder wird der „Führer“ als allein Schuldiger verklärt und den meisten anderen die Rolle der hilflosen und verantwortungsfreien Mitläufer zugesprochen. Oder eine andere Variante ist die, alle für schuldig zu erklären. Das Ergebnis ist das Gleiche: Wenn alle versagt haben, kann auch niemand konkret schuldig sein. Nachvollziehbare Ursachen für die systematische Barbarei und den ungeheueren zivilisatorischen Zerfall werden so verhindert.

Die VVN - BdA leistet ihren Beitrag gegen die Zerstörung der Erinnerung mit der Kampagne „Verbrechen der Wirtschaft“. Von „Arisierung bis Zwangsarbeit“ werden die Nutznießer und Steigbügelhalter der Hitlerfaschisten benannt.

Um der faschistischen Gefahr frontal zu begegnen, sind breiteste Bündnisse erforderlich. Alle, die die Neofaschisten auf der Straße und in den Institutionen bekämpfen, sind als Bündnispartnerinnen und Bündnispartner herzlich willkommen. Die VVN - BdA kann hier eine „Scharnierfunktion“ einnehmen.

Falk Mikosch

(Landessprecher der VVN - BdA NRW)



Antifademo am 21.07.2012 auf dem Husemannplatz

Vorurteile werden bestätigt und systematisiert. Verdeutlicht am Beispiel, dass jeder ausländische Arbeitskraftverkäufer einem Deutschen den Arbeitsplatz wegnimmt, was nicht faktisch, aber numerisch stimmt. Darüber hinaus wird durch die Abwertung der ausländischen Konkurrenten das eigene „Selbstwertgefühl“ gestärkt, „das Gefühl der Ohnmacht in Macht transformiert“ (Adorno 1980).

Die heutigen Nazis sind keineswegs sich zusammenrottende Vollhonks. Sondern sie sind davon überzeugt,

Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen!

Die humane und demokratische Qualität einer Gesellschaft bemisst sich im Umgang mit schwachen Gruppen. Zum Kern jeder demokratischen Ordnung gehört der Schutz von Minderheiten. Eine Wirtschaftsordnung, die auf die kriegerische Eroberung von Ölfeldern und Absatzmärkten ausgerichtet ist, ist und bleibt barbarisch.

Bollwerk gegen den rechten For-

Vereine wie BUND, VVN - BdA, Pro Asyl u. a. betroffen:

Geheimdienste sollen über Gemeinnützigkeit entscheiden

Klammheimlich soll in das Steuerrecht 2013 eine Änderung eingefügt werden, die es den sog. Verfassungsschutzämtern ermöglicht, bestimmten Vereinen oder Organisationen die Gemeinnützigkeit abzusprechen.

VVN - BdA, Greenpeace, attac, Pro Asyl, BUND, IMI und anderen sollen die finanziellen Quellen geraubt werden. Das geht sehr einfach: Die über 100 Organisationen, die inzwischen Alarm geschlagen haben, müssen nur ein einziges Mal als linksextremistisch in einem der Verfassungsschutzberichte der 15 Bundesländer (nur das Saarland gibt solche Berichte nicht heraus) oder des Bundes genannt werden. Das ermöglicht den in dieser Hinsicht sehr phantasiebegabten „Diensten“ Tür und Tor, bei einer der Organisationen ein Haar in der Suppe zu finden. Alle diese nicht so ganz der „marktkonformen Demokratie“ verpflichteten Gruppen haben es mit Inlandgeheimdiensten zu tun, deren Traditionen personell und ideologisch bis 1933 zurückreichen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags kennt keine Definition für Extremismus. Aber zum Glück haben wir eine Familienministerin, die die ideologische Formel „Extremismus“ nach links zu definieren weiß. Sie vergibt Gelder zum Kampf gegen Faschisten schon seit Jahren nur, wenn die betreffenden Vereine vorher ihren Schwur auf die FDGO (freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie Frau Schröder sie versteht) leisten. Darüber hinaus müssen die antifaschistischen und anderen Organisationen ihre Mitglieder und Bündnispartner einem ideologischen Gesinnungs-TÜV unterwerfen. Sie alle müssen lupenreine Demokraten im Schröder'schen Sinne sein, sonst gibt es kein Geld im Kampf z.B. gegen Nazis.

Die Inlandgeheimdienste haben sich ja gerade in den letzten Monaten am Beispiel der NSU-Morde so mit Ruhm bekleckert, dass gleich mehrere ihrer Präsidenten den Dienst quittieren mussten. Die Verwicklungen in den neofaschistischen Sumpf wird „man“ nicht endgültig aufklären können, weil bis ins Innenministerium die Haupttätigkeit eifriger Verfassungsschutzschützer das Schreddern von diesbezüglichen Akten war. Genau diese Behörden müssen die VVN oder eine andere Organisation in ihren sog. Verfassungsschutzberichten als extremistisch bezeichnen. Schon die Losung „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ wird von den Verfassungsschutzschützern in manchen Bundesländern für verfassungsfreundlich gehalten!

Die VVN ist im vorigen Jahr gleich in drei „Schutz“-Berichten erwähnt worden. Bisher allerdings konnten die phantastischen Erwähnungen relativ leicht widerlegt werden (bis auf Bayern). Diese Widerspruchsmöglichkeit soll jetzt entfallen. Aber wir leben ja in einem Rechtsstaat. Eine noch mögliche Klage vor Verwaltungsgerichten ist aber so teuer und zeitaufwändig, dass sich die diffamierten Gruppen finanziell selbst ruinieren würden. Aber selbst wenn: Die Geheimdienste müssen ihre Quellen, V-Leute und Informanten ja nicht nennen. Klar, sonst wären es keine Geheimdienste mehr. Das alles ist ein weiterer Grund, warum die VVN - BdA für die Abschaffung der Geheimdienste plädiert. Übrigens: Die NPD ist als Partei gemeinnützig! *Wolfgang Dominik*

Das braune Netz ... und jetzt auch noch der Ku-Klux-Klan

Davon wusste Markus Bernhardt noch nichts, als er sein Buch „Das braune Netz, Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer“, Köln 2012, schrieb.

Einer der Polizisten, die zum „European White Knights of the Ku-Klux-Klan“ gehörten, war ausgerechnet Gruppenführer der von dem NSU ermordeten Polizistin Kiesewetter. Aber Bernhardt beschreibt, in welchem Netzwerk von Inlandgeheimdiensten, Strafverfolgungsbehörden, nationalen und internationalen faschistischen Terrororganisationen sich der NSU bewegte. Er schildert, wie die sog. Verfassungsschutzämter gleich mehrerer Bundesländer die Morde allen möglichen Familienmitgliedern der Ermordeten anzudichten versuchten und wie systematisch Hinweise auf Neonazis verharmlost, verschleiert oder erst gar nicht zur Kenntnis genommen wurden. Opfer und Angehörige der Opfer wurden zu Tätern gemacht. Und er analysiert die ideologischen Voraussetzungen: Die „Extremismustheorie“ ist die Doktrin, die in den Behörden herrscht. Im Zweifel geht es bei den Behörden auch gegen Antifaschisten, statt Faschisten und ihre Gewalttaten zu enttarnen.

WD

Stadtrundgang der VHS

**Sonntag, 25. Nov, 14⁰⁰-16¹⁵ Uhr:
Kriegswirtschaft und
Zwangsarbeit in Bochum**

Bei einem Rundgang durch den heutigen Westpark und den Stadtteil Stahlhausen soll am Beispiel des Bochumer Vereins – einem NS-Musterbetrieb und einer der größten Rüstungsschmieden im Deutschen Reich – ein Eindruck von Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit in Bochum vermittelt werden.

VHS Kursnr.: 12009, 20 Tn.,
5,- EUR, Wolfgang Dominik
**Treff: Gewerkschaftshaus,
Alleestr. 80**

Impressum

Herausgeber: VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Günter Gleising, 44866 Bochum. **Druck:** Copypoint. **Satz:** Anke.Pfromm@ruhrecho.de. **Auflage:** 1.000. Konto Nr. 463 097 46, Sparkasse Bochum, BLZ: 430 500 01. Internet: www.vvn-bda-bochum.de. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Geschichte

Augenzeugenbericht: Der Boykott und Misshandlungen im April 1933

So wurde ich am 1. April 1933 Augenzeuge des faschistischen Terrors gegen jüdische Menschen. Fröhlichmorgens auf dem Schulweg erlebten einige meiner Klassenkameraden und ich, wie der stadtbekanntes Kinderarzt Dr. Fritz Weil von einer SA-Horde blutüberströmt aus seinem Haus in der Kaiser-Wilhelm-Straße 10 geschleift und in ein Auto gezerzt wurde.

Meine Eltern, denen ich den Vorfall mit Dr. Weil erzählte, nahmen großen Anteil am Schicksal des Arztes. Während ich meiner Mutter tiefe Bestürzung ansah, ließ mein Vater seinem Zorn freien Lauf: «Ein feiges Lumpenpack. Mit mehreren über diesen feinen Menschen herzufallen! Ich muß Dr. Rothschild warnen, damit ihm nicht dasselbe passiert!»

Dr. Rothschild war unser damaliger Hausarzt. Vorher hatte sich Dr. Geisler um unser Wohlbefinden gekümmert. Eines Tages kehrte mein Vater stark erregt von einer Stadtfahrt zurück. Er berichtete meiner Mutter: «Dr. Geisler ist tot. Man hatte ihn zu einer Arbeiterfamilie gerufen, deren Sohn von der SA halb totgeschlagen worden war. Auf dem Rückweg zu seiner Praxis soll der alte Herr einem Herzschlag erlegen sein. Aber ihn wird wohl auch die braune Brut auf dem Gewissen haben. Hat ihnen anscheinend nicht gepaßt, daß der Doktor in ihre blutbeschmierten Karten gucken konnte.» Mich erschütterte diese Nachricht. In kurzer Zeit nacheinander zwei solcher Grausamkeiten, dazu an Personen, die ich kannte und mochte.

Aus: Fey, Rudolf: Ein Totgesagter kehrt zurück. Berlin 1989, S. 142.

Weitere Infos zum Thema:
vvn-bda-bochum.de

Geschichte

Fortsetzung von S. 1: Verfolgung und Vernichtung der Juden Das Gesundheitsamt lieferte die Daten und Informationen

Es folgten vielfältige Anweisungen Verordnungen und Gesetze, die alle das Ziel verfolgten, jüdische Menschen aus dem öffentlichen Leben zu drängen und sie um ihren Besitz zu bringen.

Hervorzuheben sind das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und die „Nürnberger Rassegesetze“. Schon 1933 begannen auch in der Stadt Bochum die Vorbereitungen zur Sammlung von umfassenden Bevölkerungsdaten und zur Anlegung eines Rasse-Archivs der Bochumer Bevölkerung. Im Juni 1933 wurde hierzu ein „Aufklärungsamt Bevölkerungspolitik und Rassenpflege“ geschaffen, dessen rechtliche Grundlage die „ministeriellen Grundsätze vom 23. März 1933“ geschaffen hatte. Dieses dem Standesamt angegliederte Amt wurde in den folgenden Jahren ständig ausgebaut, personell aufgestockt und mit modernster Technik ausgerüstet. Es erhielt beispielsweise 1937 als eine der ersten städtischen Dienststellen überhaupt ein Fotokopiergerät.

Das Amt erhielt schon bald den Namen „Sippenamt“. 1936 hatte es bereits 100.000 Karteikarten über „Abstammung“ und „Erbkrankheiten“ von Bochumer Bürgerinnen und Bür-

ger angelegt. Ohne eine Bescheinigung des Amtes über die Abstammung war der Zugang zu vielen Berufen und öffentlichen Funktionen nicht möglich. Im Laufe der Zeit ging man dazu über, Ahnenpässe auszustellen. Das Amt schuf mit seiner Arbeit auch die Grundlage zur Erfassung und totalen Überwachung der Menschen jüdischen Glaubens. Es lieferte Informationen und Unterlagen zur Arisierung jüdischen Vermögens und zur Durchführung von weiteren Boykottmaßnahmen gegen jüdische Einrichtungen und Geschäfte, wie z. B. im August und September 1935.

Im August 1939 wurden die Bochumer Zeitungen veranlasst, ausführlich über die „Bochumer Erbkartei“ des Gesundheitsamtes zu berichten. So wird berichtet, dass 35.000 Karteikarten, 2.000 Sippenbücher und 125.000 Sippenkarten ausgestellt worden sind. Das Amt soll einen Beitrag zur „Ausmerzungen des Kranken“ und „Auf-

Nr. 78 • Jahrgang 3 • Preis 15 Pfg. Samstag, 1. April 1933

Rote Erde

Herausgeber: Josef Wagner, MdR
Bochumer Nationalzeitung • Beobachter für Hagen und das Sauerland • Dortmund Nationalanzeiger

Alljuda soll den Kampf haben!

Heute beginnt der Abwehrkampf gegen den Weltfeind, wie er durch die Jahrhunderte herauf nie zuvor gewagt wurde!

Ausruf des Komitees zur Abwehr der Greuelheke

München, 1. April. Heute, Samstag, den 1. April 1933, um 10 Uhr, beginnt der neue Abwehrkampf gegen den Weltfeind. Dieser Kampf ist von dem deutschen Volke nicht gewollt. Er ist ihm ein Verhängnis. Die Verhaftung jüdischer Geschäftsleute, Ärzte, Rechtsanwälte usw. stellt lediglich eine Greuelheke dar, gegen die von den in- und ausländischen Juden betriebene Greuel- und Verhetzung gegen das deutsche Volk.

Der deutsche Abwehrkampf wird mit dem Aufruf des Komitees zur Abwehr der Greuelheke eingeleitet.

Verteidigen! Verteidigen! Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Die Nationalsozialisten haben die Kämpfe gewonnen, die wir doch lange Jahre her zu führen hatten. Wir haben sie gewonnen, weil wir kämpften, wie deutsche Kämpfer, die wissen, was sie wollen und sich der Verantwortung des Vaterlandes bewußt sind. Wir werden auch in Zukunft...

Monopolstellung der Sektengewerkschaften gebrochen

„Reinlicher Wirtschaftskrieg“

Berlin, 1. April. Das von der Reichsregierung beauftragte „Reinliche Reich zur Gleichstellung der Arbeiter mit dem Reich“ liegt nun...

Verstöße November-Donzen

Abgeordneter für Wittenauer und der Reichsversammlung in Württemberg

Berlin, 1. April. In einer Sitzung des Reichstages wurden am Donnerstagabend u. a. die Ausbelebungen der Reichsversammlung am 1. April 1933 mit fortgesetzter Sitzung geprügelt.

Boykottaufruf (Rote Erde 1. April 1933)

Geschichte

artung des Gesunden" leisten. Erstellt werden beispielsweise „erb- und rasspflegerische Beurteilungen" und „Erbbilder der Sippe". Die Beurteilungen in der Sippenakte umfassen Eltern, Großeltern und andere Verwandte. In der Zeitung heißt es: „Eine genaue Kenntnis der Sippe ist unerlässlich zur Durchführung des Erbgesundheitsgesetzes" und erst im „Zeitalter einer bewussten Erb- und Rassepflege" möglich geworden. Ziel sei es, so der Zeitungsbericht, dass „das Kranke" mehr und mehr eingekreist wird, bis „es ausgemerzt" ist.

Im Klartext handelt es sich bei dem Amt um die lokale Umsetzung der „Nürnberger Rassegesetze". Nicht die Gesundheit der Menschen steht im Mittelpunkt der Arbeit, sondern die menschenverachtende Rassepolitik der Nazis. Zudem lieferte das Amt Daten und Information zur Verfolgung und Deportation der jüdi-

schen Bürgerinnen und Bürger bis 1945. Auch im Rahmen der Verfolgung von Sinti und Roma, von Homosexuellen und Kranken war das Amt tätig. Mit großer Wahrscheinlichkeit war das Amt auch an der Zwangssterilisation beteiligt, der in Deutschland über eine halbe Million Menschen zum Opfer gefallen sind. 1939 wurde die Vermietung von Wohnungen an Juden fast unmöglich gemacht und sogenannte Judenhäuser geschaffen. Am 27. Januar 1942 begannen die Nazis mit den Deportationen in die KZs und Ghetos und der „Endlösung der Judenfrage". Daten und Informationen hierfür lieferte das Gesundheitsamt der Stadt Bochum.

Es ist bezeichnend, dass die Tätigkeit des Amtes nicht erforscht ist und dessen Tätigkeit heute weitgehend unbekannt ist.

Günter Gleising

Geschichte

1938/1939:

Der Pogromnacht folgte die Reichsfluchtsteuer

Von zu Hause nahm ich mir ein Fahrzeug und fuhr in die Stadt. Ich erblickte die noch qualmende Synagoge, ich sah die vielen jüdischen Geschäfte auf der Hochstraße, alle Scheiben eingeschlagen, die Auslagen verwüstet, alles ausgeraubt.

Nach der Kristallnacht machte Göring aus der Todesangst, die jetzt allen jüdischen Bürgern tief in den Gliedern saß, sein großes Geschäft: Er forderte die Reichen von ihnen zur Auswanderung auf, wobei sie auf ihr Vermögen, darunter auf alle Werte in Gold, Silber und Edelsteinen, auf Kunstgegenstände aller Art usw. zu verzichten hatten.

Dieser Raub wurde gesetzlich sanktioniert durch den Erlaß vom 24.1.1939 zur Errichtung einer «Reichsfluchtsteuer». Auch das Zollamt Nordbahnhof hatte zu dieser Abfertigung die Befugnis erhalten.

Aus: Fey, Rudolf: Ein Totgesagter kehrt zurück. Berlin 1989, S. 182-183.

Aktuell

Studie belegt:

Antijüdische Einstellungen

Judenfeindliche Einstellungen sind in „erheblichen Umfang" bis in die Mitte der Gesellschaft hinein verankert. Zu diesem Ergebnis kommt eine unabhängige Experten-Kommission in einem Bericht, den der Deutsche Bundestag in Auftrag gegeben hat. Bei etwa einem Fünftel der Bevölkerung gebe es einen latenten Antisemitismus. Neben der Verbreitung von Vorurteilen, Klischees und Unwissen stellt der Bericht auch eine zunehmende „Gewöhnung" an judenfeindliche Tiraden und Praktiken fest. Der Bericht belegt zudem, dass das rechte Lager nach wie vor der wichtigste Träger von Antisemitismus ist. 90 Prozent aller entsprechenden Straftaten werden aus dem neonazistischen Spektrum begangen.



Bochumer Erbkarthei (Rote Erde 12.8.1939)

Von Bochum ins KZ:

Deportation und Vernichtung

Am 27. Januar 1942 wurden im Saal des Lokals „Zur Börse“ in der Dortmunder Steinstraße 1.350 jüdische Bürger aus Bochum, Wattenscheid, Dortmund und anderen Städten des Regierungsbezirks Arnsberg zusammengepfertcht und von dort mit einem Eisenbahntransport, bewacht von Gestapo und Schutzpolizei, ins Judenghetto nach Riga deportiert.

In ihrem Buch „Sadismus oder Wahnsinn“ berichtet Jeanette Wolff¹, nach dem Krieg Berliner Bundestagsabgeordnete, über diese Deportation aus Dortmund,



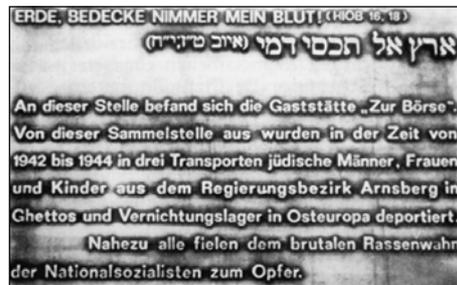
Jeanette Wolff nach 1945.
Quelle: StA Dinslaken

die sie mit ihrer Tochter erlebte: „Im Börsensaal lagen wir, etwa 1.300 Menschen auf unseren Gepäckstücken auf der Erde, fünf Tage und fünf Nächte schikaniert von der Gestapo und ihren Helfern. Das erste, was wir von den Grausamkeiten der Gestapo zu Gesicht bekamen, war, daß man einen Menschen vor unseren Augen erschöß, weil er in der Nacht einen Schreikrampf bekam.

Am Morgen des 27. Januar 1942 trat ein langer, trauriger Zug unter Bewachung der Gestapo den Weg zum Bahnhof an. Nicht etwa, daß man uns auf den Bahnsteig brachte, wir wurden weit außerhalb der Station in vollkommen verschmutzte, ungeheizte Waggons verladen, auf deren Toiletten der Kot halbmeterdick gefroren war. Wohin wir kamen, wußten wir nicht. Erst als wir im Zuge waren, sickerte langsam durch, daß unser Weg nach Riga in Lettland ging.“

Insgesamt sieben solcher größeren Transporte sind aus dem Regierungsbezirk Arnsberg bekannt. Die Bochumer Juden wurden entweder verhaftet oder mußten sich nach Aufforderung am Sammelort einfinden und wurden dann nach Dortmund transportiert. Zusammen mit den aus anderen Städten und Gemeinden des Regierungsbezirks verhafteten Juden mußten sie im Saal des Lokals „Zur Börse“, in der Turnhalle des Sportvereins „Eintracht“ oder in Dortmund-Brakel im Saal der Gaststätte

Gerold Tage und Nächte auf ihren bevorstehenden Abtransport „nach Osten“ oder in das sogenannte Altersghetto Theresienstadt, nicht minder Station der Vernichtung, warten. Nicht vom Hauptbahnhof, sondern von dem etwas abgelegeneren Südbahnhof (Rheinischer Bahnhof) erfolgte die Deportation, unauffällig und unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit.



Gedenktafel an der ehemaligen Gaststätte „Zur Börse“

Über die sieben Deportationen aus dem Regierungsbezirk Arnsberg sind folgende Informationen erhalten:

1. 25./27. Januar 1942:
Transport nach Riga in das dortige Ghetto. Jüdische Familien und Einzelpersonen. Mindestens 1.000 Menschen.
2. 27. April 1942:
Transport nach Zamosc (Stadt und Gebiet im Distrikt Lublin in Polen). Jüdische Familien und Einzelpersonen. Etwa 2.100 Menschen, von denen 221 aus dem Siegerland und 1.000 aus Dortmund stammten. Über das weitere Schicksal der Deportierten ist nichts bekannt, kein Überlebender hat Zeugnis ablegen können.
3. 29. Juli 1942:
Transport nach Theresienstadt. Etwa 1.000, insbesondere alte, nicht mehr arbeitende Juden, die im Ghetto Theresienstadt oder infolge der weiteren Deportation in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ums Leben gebracht wurden. Nur wenige überlebten.

4. 1. März 1943:

Transport nach Auschwitz. Etwa 1.000 Juden, die bislang im Regierungsbezirk Arnsberg zu kriegswichtigen Zwangsarbeiten eingesetzt waren, und deren Angehörige. Der Transport, unterwegs um etwa 500 Deportierte vergrößert, traf am 3. März in Auschwitz-Birkenau ein. Von den Männern kamen 535, von den Frauen 145 als Häftlinge ins Lager. Etwa 820 Männer, Frauen und Kinder, bei der Selektion als nicht arbeitsfähig eingestuft, wurden unmittelbar in den Gaskammern ermordet. Einzelne der Deportierten haben überlebt.

5. Mai 1943:

Transport nach Theresienstadt. Die genaue Anzahl der Deportierten ist nicht bekannt. Bereits beim Transport gab es brutale Ausschreitungen des Wachpersonals.

6. 29. September 1944:

Transport nach Kassel-Bettenhausen mit etwa 150 jüdischen Frauen.

7. 29. September 1944:

Transport von Männern nach Weißenfels in ein Arbeitslager. Am 10. Dezember 1944 wurden die Häftlinge nach Halle/Saale in ein Arbeitslager der Leuna-Werke überstellt und von dort am 10. Februar 1945 weiter nach Theresienstadt. Bei diesem Transport sollten die letzten im Regierungsbezirk Arnsberg in sog. „privilegierter Mischehe“, mit einem nichtjüdischen Partner lebenden Juden deportiert werden. Frauen und Männer wurden getrennt. Noch bis kurz vor Ankunft der amerikanischen Truppen sind einzelne Juden nach Theresienstadt, in einem Fall über Hamburg, deportiert worden.

Fortsetzung auf S. 7

Geschichte

Fortsetzung von S. 6: Deportation und Vernichtung

An den Ankunftsorten der Deportationen wurden – je nach Aufnahme-möglichkeit dortiger Ghettos und dem aktuellen Bedarf der in der Region produzierenden Rüstungskonzerne, die sich die Arbeitskraft der deportierten Juden zu eigen machten, – die als arbeitsfähig eingestufteten Juden zur Zwangsarbeit in Ghettos und Konzentrationslager eingewiesen, die anderen in Vernichtungslagern oder durch Massenerschießungen ums Leben gebracht.

1 Jeanette Wolff, geb. Cohen (1888-1976). Wegen politischer Tätigkeit für die SPD und aus rassistischen Gründen mehrfach verhaftet und verfolgt. 1942-1945 im Ghetto Riga und im KZ Stutthof zu Zwangsarbeit gezwungen. 1946-1951 Stadtverordnete in Berlin, 1952-1961 Mitglied des Bundestages, 1965-1975 stellv. Vorsitzende des Zentralrates der Juden.

Text aus:

Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid. Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochum Nr. 4, Altenberge 1993, S. 45-46. (Noch Lieferbar: 8,00 Euro)



Namensstreit:

„Deutsches Reich“

Seit vielen Jahren gibt es Kritik an der Straßenbezeichnung „Deutsches Reich“ in Bochum-Werne. Die Namensgebung „Colonie Deutsches Reich“ steht mit der Phase der Errichtung von Kaiser- und Kriegsdenkmälern im Anschluss an die Gründung des Kaiserreiches nach den deutsch/französischen Krieg 1870/71 ebenso in Verbindung, wie mit dem nationalistischen Taumel, der zum I. Weltkrieg führte.

Die Bezirksvertretung Bochum-Ost hat jetzt die Anbringung von Zusatzschildern beschlossen, die den

Von Arisierung bis Zwangsarbeit: Kapitalverbrechen der Wirtschaft im Ruhrgebiet

Der Autor der folgenden Zeilen unterrichtete 35 Jahre lang Erwachsene im 2. Bildungsweg und bedauert, dass das Buch erst jetzt erschienen ist.

Vieles von dem, was von Ulli Sander und seinen Koautoren zusammengetragen worden ist, war seit 1945 bekannt, verfiel aber im hegemonialen Diskurs der kollektiven Erinnerungslosigkeit.

Es wird in dem Sammelband mit Nachdruck wieder ins Gedächtnis gerufen. Vieles ist in dieser Eindringlichkeit auch mir wieder neu.

Über die Verbrechen der größten kapitalistischen Konzerne konnte lange Zeit das Schweigen ausgebreitet werden. Erst mit der neu beginnenden Debatte um „Arisierung und Zwangsarbeit“ Ende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts musste neu nachgedacht werden. Zunächst versuchten die Konzerne es mit Leugnen, mit angeblich fehlenden Unterlagen und sonstigen Ausreden. Dann aber kam Stück für Stück ein Teil der historischen Wahrheit ans Licht: Die Brutalität, mit der die Profitlogik gerade auch im Ruhrgebiet durchgesetzt wurde, erschreckt immer wieder. Und es wird noch einmal vor Augen geführt, dass die allgemeine Entschuldigung, die seit dem 8. Mai 1945 aufgesagt wurde, nämlich „Wir



Ulrich Sander (Hg.): »Von Arisierung bis Zwangsarbeit.«, Köln 2012, 348 Seiten, 16,90 Euro.

haben von nichts gewusst“ oder „Wir mussten auf äußeren Druck so handeln“ immer schon eine mangelhafte Schutzbehauptung war: Wie konnte es z. B. Bochumer Bürgern verborgen bleiben, dass 1/7 der Einwohnerschaft 1944 Zwangsarbeiter waren, deren 130 Lager „man“ kannte, die einem im Betrieb oder beim Marsch vom Lager in die Bochumer Unternehmen begegneten?

Es sei darauf hingewiesen, dass auch die Bochumer VVN - BdA mit einem wichtigen Beitrag von Klaus Kunold, unserem vor einem Jahr leider verstorbenen Vorsitzenden, und Günter Gleising mit Tatorten der Wirtschaft und ihren Verbrechen im Faschismus beteiligt ist. Für Anfänger und Fortgeschrittene in Sachen antifaschistischer Bildung dringend zu empfehlen!

Wolfgang Dominik

Aktuell

nicht Bismarck, sondern Kaiser Wilhelm II. als „Reichsgründer“. Die ersten Häuser der Siedlung wurden zwar 1875 gebaut, die Siedlung aber erst Jahre später fertiggestellt.

Der von der Bezirksvertretung beschlossene Text lautet: „Ehemaliger Siedlungsname – eine der ältesten Bergarbeiterkolonien Bochums, im Jahr 1875 von der Harpener Bergbau AG errichtet –. Der Ursprung des Namens wird in einer Zusammenfassung der vielen Herkunftsgebiete seiner Bewohner oder in der zeitnahen Reichsgründung durch Bismarck vermutet“.

(sing)

Fortsetzung von S. 1: Neonazis im Ruhrgebiet

Waffen und Terror

Wie der WDR berichtete, waren unter den bei den Ausschreitungen 180 Festgenommenen auch der derzeitige Dortmunder NPD-Vorsitzende sowie frühere Mitglieder der verbotenen „Borussenfront“.

Trotz des Verbotes der Neonazi-Kameradschaften Dortmund, Hamm und Aachen sind weiterhin viele rechte Übergriffe und Straftaten zu verzeichnen. In Dortmund gründeten Neonazis jetzt eine neue Partei, die NPD bezog in Essen-Kray eine neue Landeszentrale und in Dortmund hob die Polizei ein ganzes Waffenlager der Neonazis aus.

In Bochum trafen mehrere Veranstaltungen der Neonazis (NPD, Pro-NRW) im Sommer auf massiven antifaschistischen Widerstand und gingen in „Nazis raus“-Rufen und einem Trillerpfeifenkonzert unter. Die Zusammenrottungen der Nazis konnten jeweils nur unter dem Schutz eines großen Polizeiaufgebotes stattfinden.

Wegen der Teilnahme an brutalen Überfällen auf Andersdenkende in Langendreer und der Innenstadt wurden vor einigen Wochen zwei Neonazis zu Haftstrafen verurteilt. Weitere Täter wurden aufgrund von angeblichem Beweismangel und mangelhafter Polizeiarbeit freigesprochen.

Nazi-Schmierereien, Hitler-Grüße und Briefe mit neofaschistischen Inhalten registrierten die Bochumer Zeitungen im Juli und August. Außerdem hängten Neonazis zwei Transparente mit SS-Runen und Hakenkreuzen an einer Autobahnbrücke in Werne auf. Nazi-Symbole und antisemitische Schriftzüge schmierten rechte Täter an die Wände des Schulzentrums an der Unterstraße in Langendreer. Im September schmierten Täter ein Hakenkreuz an eine Firmen-Fassade in Altenbochum. Sieben parkende Autos entlang der Stahlhauser Straße wurden mit Hakenkreuzen zerkratzt.

Wie gefährlich die Neonazis in unserer Region sind, machte vor wenigen Tagen Landesinnenminister Ralf Jäger deutlich, als er mitteilte, dass bei einer Razzia bei den drei jetzt

verbotenen Neonazi-Vereinen („Kameradschaften“) 147 verschiedene Waffen gefunden wurden. In den Waffenlagern wurden Pistolen, Wurfgeschosse, Messer, Totschläger und anderes mehr gefunden. Bekannt wurde auch, dass zahlreiche bekannte Neonazis in NRW „ganz legal per Waffenschein“ über Pistolen und Gewehre verfügen.

„Es stellt sich die Frage“, so die VVN - BdA-Bochum, „wie lange die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und die Behörden und Regierungen diese Zustände noch dulden wollen?“

Nazidemo am 1. September:**Verbot in Dortmund**

Zum ersten Mal wurde der sogenannte Nationale Antikriegstag in Dortmund in diesem Jahr verboten. Aber ist dies wirklich ein Sieg für den Antifaschismus oder nur Augenschwermerei?

Begründet wurde das Verbot damit, dass der Anmelder (Dennis G.) einer gerade verbotenen faschistischen Organisation (Nationaler Widerstand Dortmund) zugerechnet wurde und eine Anmeldung einer Veranstaltung durch gerade diese Organisation nun nicht mehr möglich sei. Also nur ein formales, aber kein inhaltlich begründetes Verbot. Dass gerade dieser Anmelder nun mit anderen ehemaligen Mitgliedern des NW den Landesverband der Partei „Die Rechte“ gegründet und den Vorsitz übernommen hat sowie zwischenzeitlich auch als Beisitzer im Bundesvorstand dieser Partei aktiv ist, scheint in der Politik nun niemanden mehr zu stören. Es gilt, diese Gruppe aktiv im Auge zu behalten, da sie sich zu einem Sammelbecken von militanten Faschisten entwickelt.

M.N.

**Überfall in Langendreer:
Neonazis vor Gericht**

Am 14. Dezember findet eine weitere Verhandlung gegen 2 Personen aus dem neonazistischen Spektrum statt, die im vergangenen Jahr mit anderen im S-Bahnhof Langendreer fünf Menschen überfallen haben sollen. Die Berufungsverhandlung findet vor dem Bochumer Landgericht statt.

Über 100 Neonazis untergetaucht

Wir haben noch mehrere tickende Zeitbomben im Land herumlaufen. Das Bundeskriminalamt geht von 110 Rechtsextremisten aus, die mit offenen Haftbefehlen gesucht werden. Dies äußerte Bundesinnenminister Friedrich kürzlich in einem Zeitungsinterview.

(jW)

Literaturhinweise

Aus der Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums noch lieferbare Bücher der VVN - BdA

Heft 4: Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid

Die Jahre 1933 - 1945 in Berichten, Bildern und Dokumenten, EUR 8,00

Heft 6: Zwischen Verdrängung und Spurensuche

Die Verfolgung der Juden in der Erinnerung der Bochumer Bevölkerung, EUR 6,50

Heft 7: Verachtet, vertrieben verfolgt

Die Verfolgung der Sinti und Roma in Bochum und Wattenscheid, EUR 3,50

Heft 8: Ende und Anfang – Die Befreiung von Faschismus und Krieg

Eine Chronologie der Ereignisse, EUR 6,50

Heft 9: 60 Jahre Tätigkeit der VVN in Bochum und Wattenscheid

Teil 1: 1946 - 1972, EUR 7,50

Heft 10: Kapp-Putsch und Märzrevolution 1920 (I)

Bd. I: Ereignisse und Schauplätze in Bochum und Umgebung, EUR 8,50